

Volksblatt

Nummer 251

Mittwoch, den 10. September 1930

Jahrgang 1930

Brünnings Antwort auf Brauns Gretchenfrage.

Zusammenfassung aller positiven Kräfte im Dienste des Vaterlandes.
Es geht um die Demokratie und die Abstellung der ihren Kredit untergrabenden Mißstände.

Gegen das Diktatur-Geschwätz.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 9. Sept. (Drahtb.)

Es ist auffallend, mit welcher Dringlichkeit Führer der Sozialdemokratie immer wieder aufs Neue an den Reichstanzler Dr. Brüning die Frage richten, wie er sich nach den Wahlen zu der Sozialdemokratie zu stellen gedenke und ob der Reichstanzler es wirklich ablehne, sich der Verantwortungsbereitschaft der Sozialdemokratie zu bedienen. Es war wiederum der preussische Ministerpräsident Brauns, der in einer sozialdemokratischen Versammlung in Hamburg am Montagabend erneut diese Frage an den Reichstanzler stellte. So war es vorauszuversagen, daß der Reichstanzler Dr. Brüning die Zentrumsforderung am Dienstagabend in Berlin in dem bis auf den letzten Platz gefüllten Sportpalast zum Ausdruck nehmen würde, auf die wiederholten Anfragen der Sozialdemokratie zu antworten. Daß es dem preussischen Ministerpräsidenten Brauns mit seiner Erklärung, daß die Sozialdemokratie zu sachlicher Zusammenarbeit mit dem Reichstanzler Dr. Brüning bereit sei, ernst ist, bezweifeln wir keinen Augenblick. Leider ändert das Bestehen Brauns aber nichts an der Tatsache, daß die Sozialdemokratie nach wie vor bis auf den heutigen Tag sich in ungeheurer scharfer Gegenlage zur Politik des Reichstanzlers Dr. Brüning gestellt hat. Die Sozialdemokratie beweist durch ihr Verhalten lediglich, daß sie zwar an einseitigen Männern nicht fehlt, daß sie aber in ihrer Gesamtheit sich keineswegs von der Einsicht dieser Führer irgendwie beeinflussen läßt. Brauns wird sich deshalb nicht wundern dürfen, wenn der Reichstanzler in seiner Berliner Rede eine an sich klare, aber ihn vielleicht doch nicht ganz befriedigende Antwort gegeben hat.

In seiner Ausrufung zu den ihm in der Öffentlichkeit gestellten Fragen verwies der Reichstanzler darauf, daß es an sich fürchterlich einfach wäre, diese Fragen zu beantworten, wenn er an die fragenden Parteien die Gegenfrage richtete, wie sie sich nach den Wahlen zu der Reichsregierung und den Reformplänen der Reichsregierung stellen wollen. Da die Beantwortung dieser Gegenfrage aber eine Einschränkung der Agitationsmöglichkeiten bedeuten würde, dürfte die Beantwortung wohl ausbleiben. Dr. Brüning erklärte jedoch, daß einige der Fragen etwas nervös und andere etwas fühllos seien. Auf die nervösen wolle er nicht eingehen, aber auf die fühllosen, u. a. auch vom preussischen Ministerpräsidenten Brauns gestellten Fragen wolle er antworten. Zuerst die Frage, ob die Regierung unter allen Umständen gegen die Sozialdemokraten weiterhin regieren wolle, die auch von deutschnationaler Seite gestellt worden wäre. Auf diese Frage, so betonte Dr. Brüning, habe er bereits in seiner Ansprache bei der Verfassungsfeier die Antwort gegeben. Er habe damals betont, es käme darauf an, alle Kräfte, die politisch im Dienste des Vaterlandes zusammenzufassen im Dienste des Vaterlandes. Dieser Antwort hätte er auch heute nichts weiter hinzufügen können. Gewiß wäre die Lage anders nach den Wahlen, aber auch nicht in dem Sinne, daß ermarktet werden könnte, daß er bereits in den ersten acht Tagen nach den Wahlen eine vollkommene Klärung herbeiführen würde, zumal er die Wähler habe, unmittelbar nach den Wahlen einen kurzen Erholungsurlaub anzutreten, um dann in aller Ruhe mit dem Reichspräsidenten seine Vorschläge zu unterbreiten. Dr. Brüning betonte jedoch, daß er vom ersten Augenblick sein Ziel darauf gerichtet habe, dem deutschen Volk im offenen Plenum des Reichstages klar zu machen, worum es eigentlich gehe, nämlich um die Demokratie und um die Abstellung solcher Mißstände, die den Kredit der Demokratie in den letzten Jahren außerordentlich untergraben hätten. Er habe immer danach gearbeitet, und das Handeln habe darin bestanden, daß die Reichsregierung, die sich nicht vor jeder kleineren Partei beugen wollte, in offener Feldschlacht den Kampf geführt habe. Es gebe nur einen Feind der Demokratie, und das wäre das Fangschwein der Parteien um die Verantwortung. Darunter habe die Politik der letzten Zeit ganz besonders gelitten. Was nun die Diktaturfrage betreffe, so verwies Dr. Brüning auf die Tatsache, daß eine Regierung, die auf eine Diktatur ausgehe, doch niemals die Politik treiben könne, die die Reichsregierung in den letzten Monaten gemacht habe. Er habe immer wieder versucht, mit den Parteien zu verhandeln, um sie in ihren Ansichten zusammenzubringen. Diktaturpläne hätten nach seiner Richtung bekannt und bekunden auch nach seiner Richtung hin.

Der Reichstanzler hat hiermit in bestimmter Form den Gedanken einer Diktatur für das Zentrum grundsätzlich abgelehnt. Er erklärte außerdem auch für den Reichspräsidenten v. Hindenburg, daß dieser ebenfalls an

eine Diktatur nicht denke. Er wies andererseits mit Recht darauf hin, daß es jetzt kurz vor der Wahl keinen Sinn hat, über künftige Koalitionsmöglichkeiten zu sprechen. Es liegt vollkommen in der Hand der Wähler, wie der kommende Reichstag aussehen wird, und erst nach dem Ausfall der Wahlen wird sich die Frage nach den kommenden Koalitionsmöglichkeiten beantworten lassen.

Wirth an die Jugend und die Nichtwähler.

Neusatz, 9. September.

Am Dienstagabend sprach in Neusatz an der Ober Reichsinnenminister Dr. Wirth über die kommenden Wahlen. Er wandte sich besonders an die Jugend und an die Nichtwähler. Man müsse der Jugend vorhalten, daß die Schlagworte ihrer radikalen Führer ihre Lage

auch nicht bessern könnten. Durch Revolution und Hungerrevolten könnten die Zustände in Deutschland auf keinen Fall gebessert werden. Die heutige Jugend wolle ganz genau, was sie nicht wolle, nämlich die Erhaltung des Bestehenden. Sie sei sich aber nicht dessen bewußt, was sie an die Stelle des Bestehenden setzen wolle. Wenn die Jugend nach Mitarbeit am Staate rufe, so sei von ihr zu fordern, daß sie das Recht zur Mitarbeit durch ihr Verhalten erzwingen. Wenn sie sich gegen den Anstand der Parteien wende, so sei zu sagen, daß Gummistempel, weißer Pfeffer und Stinkbomben auch keine geistigen Argumente seien. Schließlich wandte sich Dr. Wirth an die Nichtwähler aus Bequemlichkeit und Grundfalsch. Wer sich durch Nichtwählen selbst ausschalte, habe auch hinterher das Vorgehen zu unterlassen. Er spreche nicht für eine Partei, sondern fordere auf, überhaupt zur Wahlurne zu gehen und sich dabei in die Politik einzufühlen. Man wolle aber eine Partei wählen, die einer ruhigen Entwicklung der Verhältnisse die Bahn ebnen wolle und nicht nach Revolution rufen.

Phantasien über Reichswehr und Moskau.

Das Reichswehrministerium an den Sozialdemokraten Künzler.

Berlin, 9. September.

Das Reichswehrministerium teilt mit: Nach den Berichten verschiedener Blätter hat Herr Franz Künzler in einer Wahlversammlung der Sozialdemokratischen Partei behauptet, Offiziere der Reichswehr seien mit dem russischen Militärattaché und deutschen Kommunisten zusammengekommen und hätten mit diesen die Grundlage für den Aufbruch der RPD vereinbart. Diese Angaben sind so phantastisch und ungeheuerlich, daß Herr Künzler hiermit öffentlich aufgefordert wird, auf folgende Fragen zu antworten:

1. Wann und wo ist diese Zusammenkunft gewesen?
2. Welche Offiziere haben daran teilgenommen?
3. Welche Beweise kann Herr Künzler hierfür vorlegen?

Sollte Herr Künzler den Beweis für seine Angaben schuldig bleiben, so würde er sich selbst als Verleumdert kennzeichnen, gegen den sich das Reichswehrministerium gerichtliche Schritte vorbehält.

Ferner hat Herr Künzler die Namen einiger früherer Offiziere genannt, die angeblich in Russland tätig sein sollen. Da diese Namen schon öfter genannt worden sind, hat das Reichswehrministerium folgendes über sie festgestellt: Generalmajor a. D. Thomsen von der Leitz hat der Reichswehr niemals angehört. Er lebt seit Jahren schwerkrank und ist erblindet in Schleswig-Holstein. General der Artillerie a. D. Ludwig ist 1929 aus der Reichswehr ausgeschieden und wohnt in Berlin. Zwischen ihm und dem Reichswehrministerium bestehen keine dienstlichen Verbindungen irgendwelcher Art. Major a. D. Ritter von Niedermayer ist schon am 31. Januar 1922 aus der Reichswehr ausgeschieden. Er ist Doktor der Geographie und seit seiner Verabschiedung auf diesem Gebiet wissenschaftlich tätig. Ebenfalls ist in diesem Zusammenhang in einer Zeitung der Major a. D. Zukrow genannt worden, der im Jahre 1929 den Abschied erhalten hat. Er hat sich, soweit dem Reichswehrministerium bekannt, seitdem dauernd in Deutschland aufgehalten. Dienstliche Beziehungen zwischen ihm und dem Reichswehrministerium bestehen nicht.

Das Meer in flammen.

Großfeuer im Hafen von Piräus.

Athen, 9. September.

Im Hafen von Piräus, der Athener Hafenstadt, ist ein Großfeuer ausgebrochen, dem zahlreiche Schiffe zum Opfer gefallen sind. Die Gefahr einer Ausbreitung des Feuers auf die nahen Lager verschiedener großer Oelgesellschaften war außerordentlich groß. Der Sachschaden geht in die Millionen.

Ueber den Vorgang des Brandes liegen folgende Einzelheiten vor: Infolge eines Schadens an der Benzinpumpe des englischen Frachtdampfers „Donag“ verbreitete sich auslaufendes Benzin unbemerkt auf der Wasseroberfläche. Am Ufer sah ahnungslos ein Arbeiter, der über einem offenen Feuer sein Essen kochte. Er warf die Feuerzettel dann ins Hafenwasser, das im Ruin hellen Flammen stand. Gegen 20 Segelschiffe und einige Dampfer befanden sich unvorsätzlich mitten im flammenden Meer. Der Ausbruch einer großen Panik war die unmittelbare Folge. Die Besatzungen der Schiffe flüchten und überließen die Fahrzeuge ihrem Schicksal. Ueber dem Wasser entstand eine wahre Hölle. Der Frachtdampfer „Donag“ und acht Segelschiffe bildeten schwimmende Fackeln. Sämtliche brennenden Schiffe waren mit Benzin beladen, das mit Donnergeheiß explodierte. Allenfalls war das Hilfsgeld gefährdeter Menschen vornehmbar. In den nahe gelegenen Lagern von Standard Oil, Shell und anderen, die in äußerster Gefahr waren, vom Feuer ergriffen zu werden, entstand gemachte Aufregung. Der englische Frachtdampfer „Donag“ führte allein 1500 Tonnen Ben-

zin. Acht Segelschiffe und der griechische Landdampfer „Maria Magdalena“ sind gänzlich verbrannt. Nach vorläufigen Nachrichten beläuft sich die Zahl der Opfer bisher auf 10 Tote und viele Verwundete. Der Sachschaden wird auf über 10 Millionen Mark geschätzt. Das immer noch brennende Meer bietet ein großartig-schauspielhaftes Schauspiel mit den tragenden und brennenden Seglern und Schiffen, deren Feuerchein weit in die offene See hineinleuchtet.

Explosion in einer französischen Fabrik

Paris, 8. September.

In einer Fabrik von Cauderan bei Bordeaux explodierte heute eine hydraulische Presse. Drei Personen wurden getötet und fünf verletzt.

Acht Tote bei einem Autounfall.

Paris, 9. September.

Auf dem Wege nach Vichy in der Nähe von Colmar ereignete sich am Montag wieder ein schweres Autounfall, dem acht Personen zum Opfer fielen. Ein mit über 15 Personen besetzter Kraftwagen fuhr infolge Steuerungsfehlers in voller Fahrt gegen einen Baum und ging dabei vollkommen in Trümmer. Der Führer, ein Franzose, und vier Eingeborene waren auf der Stelle tot, während neun Insassen mit schweren Verletzungen in ein Krankenhaus überführt werden mußten; drei von ihnen haben bereits kurz nach ihrer Einlieferung.

Tagesfragen.

Der Hakenkreuz-Pfarrer.

In vorwiegend katholischen Gegenden arbeiten die Nationalsozialisten mit einem Flugblatt, in dem ein Schreiben wiedergegeben wird, das „Pfarrer Karl König, Donnes a. Rh.“ am 13. Januar 1930 an Kardinal Frühwirth in Rom gerichtet haben will. Wir haben uns schon wiederholt mit diesem irreführenden Brief wie mit dem Flugblatt befaßt. Da es aber, wie uns Zuschriften beweisen, doch noch Katholiken gibt, die nicht erkennen, wach Geistes sind dieser auch als Vater Raymundus bekannte Krongeuge der Hakenkreuzler ist, sei noch einmal einiges über ihn und seinen Brief gesagt. Die beste Antwort auf all den Unfug, der in ihm zusammengetragen ist, hat ja eigentlich der eben erlebte Katholikentag gegeben, der so eindeutig zum Ausdruck gebracht hat, wie stark der deutsche Episkopat mit den politischen Führern der deutschen Katholiken harmonisiert. „Gesehnet seien die Führer“, sagte Kardinal Faulhaber. Wen er damit gemeint hat, darüber kann es kein Zweifel geben. Marx, Brüning, Kaas, Stegerwald und wie die Führer des Zentrums alle heißen, ihnen galt der Segenswunsch des Kardinals. Konnte er aber die Führer segnen, wenn er gleichzeitig ihr Werk — die Partei, die sie führen — verurteilte? Der Brief Königs behauptet, die „Königliche Volkszeitung“ sei an die Deutsche Bank verkauft worden, die Zentrumsprelle hätte den Erlös des H. Vaters an die katholischen Arbeitervereine unterdrückt, die „Trenonia“ habe „ganz offen und ungeniert Artikel zu Gunsten der wildesten Gescheide aus der Feder von Priestern“ veröffentlicht, er — König — sei „von den Berliner Katholiken gebeten“ worden, das Büro Dr. Sonnenschein in Berlin zu übernehmen, die katholische Aktion sei bis heute durch das Zentrum vollständig erwürgt und gestört worden, und so folgt eine erlogene Behauptung nach der anderen. In dem nationalsozialistischen Flugblatt aber wird doch bemerkt: „Der Brief dieses ehrlichen, christlichen Priesters spricht für sich selbst.“ Wir wollen hier nicht in aller Deutlichkeit sagen, was wir von diesem Mann halten. Aber wir stellen vor aller Deutlichkeit fest, daß man ihn wahrhaftig nicht als Muster eines katholischen Geistlichen und treuen Führer des katholischen Glaubens hinstellen kann. Er ist längst kein Pfarrer mehr. Die bishöfliche Behörde hat ihn von seinem geistlichen Amte suspendiert. So kommt es, daß dieser früher zur Diözese Baderborn gehörende Geistliche jetzt in Bonn als Privatmann wohnt. Wenn er sich heute noch Pfarrer nennt, so ist das eine Vorpiegelung falscher Tatsachen. Er ist ein antisemitischer Geistlicher, der keine seelsorglichen Rechte und Pflichten mehr hat. Solch ein Mann ist nicht berufen, zum katholischen Volk zu sprechen.

Frids Liebesgabe für die Erwerbslosen.

Außerhalb Thüringens, des staatlichen Gefolgschaftsgebietes der Nationalsozialisten, sucht in den Köpfen der nationalsozialistischen Gefolgschaft immer wieder das Märchen um die Gehaltsbezüge des Ministers Dr. Frid und seine Liebesabgabe an die Erwerbslosen. Das Gehalt des Ministers wird immer geringer und sein Opfer an die Erwerbslosen immer größer, je weiter entfernt von Thüringen der einzelne nationalsozialistische Propagandarebner auftritt. In einem Umkreis von Thüringen bis etwa Saalfeld wird behauptet, Dr. Frid habe von seinem Gehalt 4000 Mk. an die Erwerbslosen abgetreten. In der nächsten Zone, etwa im Rastfeld Gebiet und bis nach Magdeburg hin, steigt das Opfer schon auf 8000 Mk. Aber noch weiter, so im Rheinland und Westfalen und schließlich auch noch in Bayern sind es schon unbedingt 14.000 Mk. gemordet. Der Schwindel wächst also gleichmäßig mit der Entfernung von Weimar. Wie steht es nun wirklich? Staatsminister Dr. Frid bezieht ein Gesamteinkommen (Ministergehalt und Diäten als Abgeordneter) in Höhe von 27.000 Mark im Jahre oder 2.250 Mk. im Monat. Auf welchen Betrag seines Einkommens verzichtet er nun zugunsten der Erwerbslosen? Nicht auf 4000, nicht auf 8000, auch nicht auf 14.000 Mark, sondern — auf keinen Pfennig!!! Minister Dr. Frid bekommt ebenso wie jeder andere Minister und wie jeder andere Beamte sein Gehalt monatlich im Voraus ausgezahlt. Es gibt keine Stelle in Thüringen und auch nicht im Reich, die etwa von einer sozialen Tat des Ministers Dr. Frid, wie sie ihm immer untergeschoben wird, weiß. Als der als Verordnungsminister besonders befähigte nationalsozialistische Ortsgruppenführer Wohlleben aus Gera, der ob dieser ausgezeichneten Eigenschaft als Redner auf das ganze Reich losgelassen wird, schon im April d. J. in verschiedenen Versammlungen das Märchen von den 14.000 Mark Liebesgaben Frids für die Erwerbslosen aufstufte, fragte die Volksschule Partei in Gera Herrn Dr. Frid in einem sehr deutlichen offenen Brief, ob er die Wichtigkeit der Behauptungen Wohllebens bestätigen könne. Eine Antwort steht heute noch aus. Der „Landbote“ in Weimar, das offizielle Organ der

Partei des Thüringischen Ministerpräsidenten und Finanzministers Baum, erklärte hierzu wiederholt und zuletzt am 20. August 1930: „Das kann man auch nur ganz so anders behaupten, in Thüringen ist davon nichts bekannt.“ Die gleiche Zeitung, also das Organ der Partei, die mit den Nationalsozialisten die Regierung in Thüringen bildet, behauptet sich bereits seit zwei Monaten unaufhörlich mit all den vielen anderen Behauptungen nationalsozialistischer Versammlungstribünen über ihre angeblichen Taten in Thüringen. Dieses doch zweifellos maßgebliche Urteil ist hart, denn es spricht von „schamlosen Falschmenten“ (Landbund Nr. 68) und stellt (in Nr. 64 vom 9. August 1930) nach Aufdeckung verschiedener Unwahrheiten fest: „Die Verlogenheit der Nationalsozialisten ist grenzenlos.“

Etwas reichlich, Herr Geheimrat!

Am Montagabend hat Geheimrat Hugenberg in Vöcklabruck eine Wahlrede gehalten, die durch die von ihm geäußerte Erwartung interessant ist, daß die Deutschen und die Nationalsozialisten bei der kommenden Reichstagswahl 150 Mandate aufbringen würden. Wieviel von diesen auf die Deutschnationalen fallen sollen, hat Hugenberg leider nicht verraten. Ihm genügt es, wenn

er das kleine Fähnlein von etwa einem Dutzend deutschnationaler Deputierten, auf die wohl noch Aussicht besteht, dem ihm geistig verwandten Hitler zur Verfügung stellen kann. Über zusammen 180 Mandate? Sagen wir die Hälfte, Herr Geheimrat! Er hat der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß er mit den 150 Mandaten „die Schaufelpolitik des Zentrums“ ummöglicht machen werde. Darunter versteht er natürlich, daß das Zentrum sich nach rechts und links freie Hand behält. Das wird es auch weiter tun. Daran vermag der gegenwärtige Wahlkampf nichts zu ändern. Soll nun aber der Politiker nach einem Ausspruch Windhorsts sich auch hüten, „Niema!“ zu sagen, so müssen wir Hugenberg in diesem Falle doch dadurch enttäuschen, daß wir, wenn er auf eine Koalition des Zentrums mit den Nationalsozialisten rechnet, mit einem recht kräftigen „Niema!“ reagieren: Niema! kann es für das Zentrum in Frage kommen, mit Nationalsozialisten und Kommunisten eine Koalition zu bilden. Das Zentrum ist und bleibt eine Verfassungspartei und kann sich nicht mit Parteien, die nichts Besseres im Sinn haben, als die Reichsverfassung gewalttätig zu stürzen, zusammen auf die Regierungsbühne setzen. Daß er das Gegenteil für möglich hält, ist bezeichnend für die Ideologie des deutschnationalen Parteibürokraten.

2 873 000 Arbeitslose.

Anwachsen der Zahl langamer geworden.

Am Montag, 9. September.
Nach dem Bericht in der Reichsanstalt hat in der zweiten Augusthälfte die Belastung der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenverwaltung etwas zugenommen. Der Zugang an Hauptunterstützungsempfängern in der Versicherung hat sich mit rund 11 000 Köpfen in den Grenzen der vorjährigen Bewegung, allerdings bei doppelt so hoher Belastung der Versicherung, die Zahl der Arbeitslosen hat um etwa 20 000 gekürzt. Damit hat die Belastung der Arbeitsvermittlung zusammen einen Stand von rund 1 947 000 Unternehmungen erreicht.
Die Zahl der verfügbaren Arbeitsstellen, die in gleichem Maße weiter gekürzt, nach Abzug

derjenigen, die noch in geübter oder ungeübter Stellung oder in Notstandarbeit beschäftigt waren, mußten von den bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen — einschließlich der üblichen Fluktuation des Arbeitsmarktes — eines gewissen Bestandes Erwerbsfähiger — am 31. August rund 2 873 000 als erwerbslos gelten. Das Anwachsen dieser Zahl, die während der ersten Hälfte des Monats um etwa 60 000 gekürzt war, ist langsamer geworden; es belief sich in der zweiten Hälfte des Monats nur auf etwa 28 000. Im ganzen ist der Arbeitsmarkt während der Berichtzeit etwas stärker in Bewegung geraten. In einzelnen Bezirken und Berufsgruppen war eine solche Besserung der Vermittlungsmöglichkeiten zu verzeichnen, denen jedoch neue Entlassungen überwiegen gegenüberstehen.

Die Gegenrevolution in Argentinien.

Blutige Kämpfe in Buenos Aires.

Am Montag, 9. September.
„Gerald Tribune“ berichtet über den Ausbruch einer Gegenrevolution in Argentinien. Anscheinend haben sich erneut Straßenkämpfe abgepielt, wobei außer der Flotte auch Kanoniere und Infanterie gegen die neue Regierung revoltiert haben sollen. — Die Associated Press teilt mit, daß sie am Abend aus Buenos Aires in rascher Folge mehrere telegraphische Telegramme erhalten hat, nach denen die argentinische Flotte das Regierungsgebäude in Buenos Aires bombardiert habe. Telegramme mit näheren Einzelheiten seien nicht mehr eingetroffen, was offenbar auf die Verzögerung der Zensur infolge einer Gegenrevolution schließen lasse.
Über die Ereignisse wird aus Montevideo gemeldet: In mehreren Stadtteilen von Buenos Aires brachen gestern Abend um 21 Uhr dortiger Zeit Straßenkämpfe aus. Das Feuergefecht schien sich um den Regierungspalast und die benachbarten Straßen zu konzentrieren. 15 Minuten lang vernahm man Geschützfeuer, das am Mitternacht nachließ. Gerüchthweise verlautet, daß einzelne Regimenter gegen das neue Regime revoltierten, um Trümpfen wieder einzusetzen. General Urquiza sandte um Mitternacht an die Presse eine Erklärung, wonach keine Ursache zur Beunruhigung bestehe, und das Gerücht, wonach ein Teil der Armee sich gegen das neue Regime erhoben habe, unzutreffend sei.
„Newport Times“ meldet aus Buenos Aires, bei den gestrigen Straßenkämpfen seien mindestens 20 Personen getötet und 200 verletzt worden. In verschiedenen Teilen der Stadt seien Gebäude in Brand gesetzt worden.

Außerordentliche Maßnahmen.

Am Montag, 9. Sept.
Wie „Newport Times“ aus Buenos Aires erzählt, ist heute morgen der Befehl ergangen, Trümpfen, der in den 25 Meilen entfernten La Plata-Baracken frant darnieder liegt, wieder zu verhaften und ihn unverzüglich hier in das Polizeipräsidium zu bringen. — Nach einer Meldung der Associated Press aus Buenos Aires hat das Ministerium des Innern heute beföhlen, daß alle Senatoren und Abgeordneten, die während der Amtszeit Trümpfens Minister waren, verhaftet werden. Außerdem hat das Ministerium des Innern heute vormittag bekanntgegeben, daß im Hinblick auf die Störungen der Ordnung durch bewaffnete Bürger und die Notwendigkeit, die Ordnung wieder herzustellen sowie Leben und Eigentum zu sichern, jede Person, die öffentlich Waffen trägt, vor ein Kriegsgericht gestellt werden wird.

Nur ein Mißverständnis?

Am Montag, 9. September.
Associated Press erzählt telephonisch aus Buenos Aires, daß die Straßenkämpfe der vergangenen Nacht einem tragischen Fehlgang zuzuschreiben waren, der sieben Tote und 56 Verwundete kostete. Die Stadt befand sich während der ganzen Nacht in einem Zustand der un-

gesehen zwischen den tatsächlichen Ereignissen und ihrer offiziellen Darstellung gemeldet wurden. Der Kriegsminister gab in einer offiziellen Erklärung an, daß nach einer Anzahl Stößen anhängender in der Stadt seien. Die Gasse de Mayo und die benachbarten Straßen bieten einen Anblick der Verwüstung und zahlreiche Gebäude weisen Kugelschüsse auf.

Ermäßigung des Zolls für Futtergerste.

Am Montag, 9. September.
Durch Verordnung des Reichsministers der Finanzen und des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 8. Sept. 1930, die am 11. Sept. 1930 in Kraft tritt, ist der Zoll für Gerste zur Viehfütterung unter Zollfreigabe bis auf weiteres auf 6 Reichsmark für einen Doppelzentner ermäßigt worden. Die Ermäßigung hat zur Voraussetzung, daß nach Inkrafttreten dieser Verordnung eine der einschlägigen Mengen Gerste entsprechende Menge getrennter Roggen und Kartoffelflocken von einer vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft bestimmten Stelle in einem von diesem festzusetzenden Verhältnis bezogen wird.

Schießerei an der Böhmerwaldgrenze.

Am Montag, 9. September.
Zu einem Zwischenfall, der noch einer genaueren Klärung bedarf, kam es, wie dem Berliner Tageblatt gemeldet wird, an der bayerisch-tschechischen Grenze bei Waldheim. Drei Bayern, ein Gendarmenoberleutnant, ein Zollbeamter und ein Postgehilfe aus Neuenhammer waren in einem Wirtschaftshaus in Böhmisches Waldheim in einen Streit geraten. Auf dem Rückwege nun sollen die drei Bayern von den Tschechen verfolgt und unmittelbar an der Grenze von diesen erschossen worden sein. Jedenfalls kam es zu einer Schießerei, bei der etwa 40 Schüsse fielen. Der Postgehilfe wurde an der linken Brustseite schwer

Wegen eines Briefkastens.

Scharfe polnische Note an Danzig.

Am Montag, 9. September.
In der Nacht zum Sonntag ist ein polnischer Briefkasten an dem polnischen Postamt am Hevelius-Platz durch Ausschlag des polnischen Hohenpostens beschädigt worden. Im Zusammenhang damit hat die polnische Regierung durch ihren Vertreter in Danzig am Montag an den Senat der Freien Stadt Danzig eine Note gerichtet, in der es heißt, daß die wiederholten Beschädigungen polnischer Briefkästen auf eine systematische Aktion gewisser Danziger Faktoren hindeuten. In der Note wird gefordert, daß die polnische diplomatische Vertretung über die Ergebnisse der von der Danziger Polizei eingeleiteten Untersuchung sowie über die Maßnahmen zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit Bericht erstatten werde, um denartigen Zwischenfällen endgültig ein Ende zu bereiten.

Zusammenstoß zwischen Polizei und Kommunisten.

Am Montag, 9. September.
Bei einem kommunistischen Jugendtreffen kam es hier gestern zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und der Polizei. Als eine von der Polizei festgenommene Kommunistin von der Menge wieder befreit wurde, machten die Beamten vom Gummirollen Gebrauch. Am Nachmittag kam es zu neuen Zusammenstößen, als die Kommunisten einen Umzug der verbotenen worden war, dennoch abhalten wollten. Die Polizei, die erneut tätlich angegriffen wurde, mußte auch hier die Schusswaffe anwenden.

Ein dreifacher Raubmörder.

Am Montag, 9. September.
Anfang August war in der Reubauer Heide die stark verweste Leiche des Friseurs Kunze aufgefunden worden. Bald darauf wurden in Waldenburg zwei Handwerksburschen bei einem Diebstahl verhaftet, die denen man mehrere Rasiermesser fand, die sie einem anderen Handwerksburschen gestohlen haben wollten. Diese zunächst unwahrscheinliche Angabe hat sich als richtig erwiesen und auf Grund ihrer Bekräftigung wurde in einem Walde bei Staffede der Stenbal der 34jährige Arbeiter Kunze festgenommen. Wölke hat gekündigt, seinem Handwerksburschen Kunze, als dieser schiel, mit einem Knüttel den Schädel einzuquetschen zu haben. Die dann dem Toten geraubten Rasiermesser wurden dem Mörder bereits eine Stunde später von dem Waldenburger Handwerksburschen gestohlen.
In der Untersuchungshaft hat Wölke jetzt einen weiteren in genau derselben Weise ausgeführten Raubmord eingestanden, den er am 11. Mai 1929 auf der Wanderschaft nach Hamburg im Walde kurz vor Hohenjessen an dem Arbeiter Hermann Nagel begangen hat. — Wölke kommt wahrscheinlich auch noch für einen dritten Raubmord, den im Mai 1928 in der Nähe von Hohenjessen begangen worden ist, als Täter in Frage.

Hungerunruhen in San Domingo.

Am Montag, 9. Sept.
Associated Press meldet: Infolge des Mangels an Lebensmitteln sind Hungerunruhen ausge-

brochen. Die Mehrzahl der Bevölkerung hat seit letzten Mittwoch nichts zu essen gehabt. Etwa 100 Personen verletzten die Werts zu stürmen und sich der dort lagernden Lebensmittel zu bemächtigen. Sie wurden inbessen von der Nationalgarde zurückgetrieben. Während der Unruhen waren die amerikanischen Marineposten alarmbereit.

Antifaschistischer Anschlag in Luxemburg.

Am Montag, 9. September.
Ein Unbekannter gab gestern in einem Kaffeehaus mehrere Revolverschläge auf den Angehörigen der italienischen Gesandtschaft in Luxemburg, Fratini, ab. Fratini und einer seiner Verwandten wurden verletzt. Man nimmt an, daß der Attentäter Luxemburg verlassen hat.
Von anderer Seite wird gemeldet: Auf den in der italienischen Gesandtschaft in Luxemburg angestellten italienischen Beamten Fratini wurde in einer Gastwirtschaft in Esch von einem Antifaschisten ein Revolverattentat verübt. Der Täter gab drei Schüsse ab, von denen einer den Italiener traf, während durch die beiden anderen ein unbestimmter Junger Mann verletzt wurde. Der Revolverbesitzer entkam über die nahe französische Grenze. Fratini wurde schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt.

Die ehemalige Kaiserin Zita verweigert Ehekonsens.

Am Montag, 9. Sept.
Der „Neuen Freien Presse“ zufolge hat die ehemalige Kaiserin Zita der ohne ihr Wissen und ohne ihre Erlaubnis in England geschlossenen Zivil-ehe des Erzherzogs Albrecht mit Irene v. Rudnay ihre Zustimmung verweigert und das Vorgehen des Erzherzogs auf das strengste verurteilt.

5000 Wundfieberkrante.

Am Montag, 9. Sept.
Wie der Sonderberichterstatter des „Paris Midi“ mitteilt, fordert das Wundfieber in San Domingo unzählige Opfer. Von den 16 bis 18 000 Verletzten sollen etwa 5000 davon befallen sein. Es fehle an Ärzten und medizinischen Einrichtungen, um wirksam gegen die Krankheit vorgehen zu können. Man habe jedoch bereits 1500 Operationen zum größten Teil ohne Betäubungsmittel vorgenommen.

Eine neue Naturkatastrophe.

Am Montag, 9. Sept.
Nach dem furchtbaren Wirbelsturm haben in San Domingo wolkensbruchartige Regengüsse eingeheult, die nun bereits über 24 Stunden dauern. Die Flüsse sind bereits angeschwollen und reißend geworden, daß sie nicht mit Booten befahren werden können. Die Zerstörung von Nahrungsmitteln und die Bevölkerung wird dadurch gekümmert. Weite Gebiete stehen unter Wasser. Die einzige Möglichkeit, der notleidenden Bevölkerung Lebensmittel zuzuführen, bieten die Flugzeuge. Aber durch die herabstürzenden Wasserbomben werden auch die Flugzeuge in ihrer Arbeit gehindert. Mehr als 40 000 Menschen sind durch den Hungertod bedroht.

Vermischte Nachrichten.

Vier Todesopfer eines Omnibus-Unfalls.
Am Montag, 9. Sept. Vier Omnibusse der Kraftverkehrs-G. m. b. H. Mansfeld brachten am Dienstagabend gegen 6 Uhr zahlreiche Einwohner von Rastbach zu einer Warenchau nach Sangerhausen. In der Nähe von Rastbach brach ein Omnibus die Kardamelle und zerstückte den Boden des Wagens. Vier von den etwa 60 Insassen stürzten durch das Loch unter den Wagen und wurden tödlich zermalmt.

Sechs Todesopfer eines Brandes.

Am Montag, 9. Sept. In einer Ortschaft unweit von Neapel brach in einer Scheune ein Brand aus, bei dem eine Familie von sechs Köpfen ums Leben kam. Das Feuer war durch eine Petroleumlampe entstanden.

Brand einer Petroleumlampe.

Am Montag, 9. Sept. In einer Petroleumlampe in Taglia (Gouvernement Moldau) getret ausbrechen des Petroleum in Brand. 15 Arbeiter wurden schwer verletzt; einige von ihnen liegen im Sterben. Nachdem der Ausbruch aufgehört hatte, gelang es, den Brand zu löschen.

Seben Todesopfer einer Reflexexplosion.

Am Montag, 9. Sept. Auf dem Bahnhof in Philadelphia explodierte der Kessel einer Rangierlokomotive. Sieben Bahnarbeiter wurden getötet und 15 schwer verletzt.



Der Regierungspalast in Buenos Aires.

Herbede, 10. Sept.

Ellen. 9. September

Seit

MÜNSTER LUDG

Wort der Wahrheit
 am Montag
 der die Partei
 in Scharen zu
 letzte Platz
 Mittel
 das den Anlaß
 halten. In die
 Zuhörer gelan
 sein dürfen,
 bring, und
 mächtig die
 lichen Deut
 Gewerbetreib
 nach Auf
 so zu hören
 politischen S
 mentarismus
 der in der K
 Nationalan
 missionen ein
 der ganz
 tatiats we
 reichste Mit
 schaftlichen
 Erfüllung d
 Es gescha
 tiefer Mit
 Wahnreus la
 ändier u
 Notwendig
 in die Kell
 wenn das g
 ehten Neid
 neuen Wähl
 zu zweifel
 zum Mit
 Nittelstän
 So wohl, i
 erechtigten
 0 Prozen
 eübt haben
 labt gefund
 te hier nicht
 tane an die
 Gebauern fest
 er Mit
 Klasse der
 einer einf
 ein zu glaub
 ch nicht gan
 os der Dessen
 schäftlich ge
 schenke Zelt
 um kommen
 illst erjell
 Was soll
 In der R
 ungeführt
 des ganzen
 ch einmal di
 chen Partein
 ändier selne
 zur Katast
 allefals den
 ändier wie
 die kulture
 alle die Din
 icht es nur
 timmen geb
 das i
 ai doch die
 en letzten
 ittelstand
 eundung un
 ebens furch
 Aber all
 gerade die
 der Lage, i
 300meter
 kelter unten
 eht, daß der
 der, die Mit
 ehmern u
 en well er k
 er Genüge
 nntlich von
 iberleitend
 der Verufe
 der Lage,
 eiten, oben
 es allen St
 ell im Zentr
 eferes Volk
 ebelegte
 nimmenden
 erung leben,
 Wählt
 Herr Juhn
 erklärung
 der er kurz
 angung. Da
 schen erl
 r als Baub
 m gewerbli
 nne Anregu
 Soddan na
 s Wort zu
 icht- und
 erunde le
 der Redne
 r großen
 h der Mitt
 n. Tübing

Mittelstand in Not!

Eine unpolitische Versammlung der Bocholter Mittelständler. - Konzernierung und „tote“ Rationalisierung - die Ursachen der großen Not!

Mittelständler, erfüllt eure Wahlpflicht!

Mittelstand in Not! Das war das Losungswort der Versammlung des Bocholter Mittelständlers am Montagabend.

Mittelstand in Not! Das war das Motto, das die Handwerker und Gewerbetreibenden Bocholts in Scharen zu dieser Versammlung trugen, bis auch der letzte Platz im Saale des „Bürgertrugs“ besetzt war.

Mittelstand in Not! Das war das Motto, das den Ausführungen des Hauptredners zugrunde lag. In ihm und wieder etwas allzu akademisch gehaltenen Darlegungen, die für den einen oder anderen Zuhörer gelegentlich etwas schwer verdaulich gewesen sein dürften, gliederte der Redner, Herr Dr. A. Bering, Leiter des Innungsamtes, die Ursachen der gegenwärtigen Krise, die gar manchen selbständigen Gewerbetreibenden schon zu Boden geworfen hat, aber nach Auffassung des Redners nicht, wie man so oft zu hören bekommt, eine Folge des herrschenden politischen Systems (der Demokratie und des Parlamentarismus) ist, sondern ihre tiefste Ursache in der Konzernierung und der „toten“ Rationalisierung liegt. Diese Erscheinungen müssen eingedämmt werden, soll nicht eines Morgens sich der ganze Mittelstand in der Masse des Proletariats wiederfinden. Das wichtigste und ausdauerndste Mittel zur Bekämpfung des erwähnten wirtschaftlichen Systems aber ist die

Erfüllung der Wahlpflicht am kommenden Sonntag. Es geschah gewiß nicht ohne Grund, daß gerade in dieser Mittelstandsversammlung immer wieder der Wahnsinn laut wurde: Auch der letzte Mittelständler muß diesmal an die Wahlurnen! Notwendiger denn je ist es, diesen Ruf immer wieder in die Kreise des Mittelstandes hineinzuschleudern; denn das große Heer der Nichtwähler, das bei der letzten Reichstagswahl im Jahre 1928 über 10 Millionen Wahlberechtigte stellte, rekrutierte sich ohne Zweifel zum allergrößten Teil aus den Reihen der Mittelständler. Das gilt nicht zuletzt auch für Bocholt, wo am 20. Mai 1928 von 17.520 Wahlberechtigten nicht weniger als 5284 (also rund 30 Prozent!) ihre Wahlrecht nicht ausgeübt haben. Da es nur zu bekannt ist, daß die Wahlteilnahme sowohl rechts als links aus Gründen, die hier nicht erörtert werden können, auch den letzten Mann an die Wahlurnen schleppen, muß man nur mit Bedauern feststellen, daß auch in Bocholt gerade der Mittelstand die weitaus größte Masse der Nichtwähler stellt. Ungeachtet dieser einfachsten Tatsache könnte man versucht sein zu glauben, daß es mit der Wahl des Mittelstandes doch nicht ganz so schlimm sei, wie es hin und wieder von der Öffentlichkeit demonstriert wird. Aber sie ist tatsächlich gerade groß genug! Darum ist es die allerhöchste Zeit, daß die Mittelständler sich bestimmen und am kommenden Sonntag ihre vornehmste Staatsbürgerpflicht erfüllen.

Was soll nun der Mittelständler wählen? In der Versammlung, die als politisch neutral angeündigt wurde und diesen Charakter auch während ihres ganzen Verlaufes streng bewahrte, wurde mehr als einmal die Parole ausgegeben: Wählt die bürgerlichen Parteien! Es ist natürlich klar, daß ein Mittelständler seiner Partei seine Stimme geben darf, die nur Katastrophopolitik will oder der Totengräber des Mittelstandes ist. Für die katholischen Mittelständler wie überhaupt für alle Mittelständler, die neben den materiellen Dingen auch noch andere, höhere, kulturelle Dinge der Verteidigung für wert halten, gibt es nur eine Partei, der sie am Sonntag ihre Stimmen geben müssen, und

das ist die Zentrumsparlei! Hat doch diese Partei in ihrem Führer Brüning in den letzten Wochen zur Genüge bewiesen, daß sie mittelstandsfeindlich ist, daß es ihr mit der Gesundung unseres darniederliegenden Wirtschaftsliebens überhaupt nicht um ein Haar geht. Aber auch noch aus einem anderen Grunde ist gerade die Zentrumsparlei mehr als jede andere Partei in der Lage, dem Mittelstand zu helfen. Herr Stadtverordneter Ernst Pötmeyer betonte in seinen weiter unten näher dargelegten Ausführungen mit Recht, daß der Mittelstand besonders dazu berufen sei, der Witter zwischen den Arbeitnehmern und den Arbeitgeber zu sein, eben weil er die Not beider Stände am eigenen Leibe zur Genüge verspürt. Das Zentrum aber, das bekanntlich von jeder den Ausgleich zwischen den widerstreitenden Interessen der verschiedenen Stände und Berufe erstrebt, ist am besten von allen Parteien in der Lage, für alle Gruppen unseres Volkes einzutreten, eben weil die Abgeordneten dieser Partei sich aus allen Ständen, aus allen Berufen rekrutieren, weil im Zentrum sozusagen die Note aller Schichten unseres Volkes zentral zusammenfließen. Aus dieser Überlegung heraus möge jeder Mittelständler am kommenden Sonntag die unbedingt notwendige Forderung stellen, die nur lauten kann:

Wählt die Liste 3 (Zentrum)!

Herr Innungsoberrat J. J. J. eröffnete die Versammlung mit einer herzlichen Begrüßungsansprache, in der er kurz auf die im Mittelstand herrschende Not einging. Dann begrüßte er außer dem Redner den als Gast erschienenen Herrn Bürgermeister Brockhoff, der als Bundespräsidenten wichtige Berührungspunkte mit dem gewerblichen Mittelstand habe und höchstwillig gar manche Anregungen aus dieser Versammlung mitnehme. Sodann nahm

Herr Dr. Söbbering das Wort zu seinem Vortrag, dem er das Thema: „Zeit- und Streikfragen des gewerblichen Mittelstandes“ zugrunde legte. Der Redner führte u. a. folgendes aus: Angeht es den großen Teil des Mittelstandes kommt es darauf an, daß der Mittelstand einen festen geistigen Boden unter den Füßen bekommt, daß er weiß, wie er sich zu den Zeitproblemen einzustellen hat, daß er daraus den

Willen entwickeln kann, der zur Gesundung der Wirtschaft führen wird. Natürlich kann ich in einer Stunde nicht alles das hier bringen, was eigentlich zum Thema gehört. Meine Darlegungen müssen sich daher auf die Kernpunkte meines Themas beschränken. In der Notlage, in der wir jetzt stehen, müssen wir selbst entscheiden, was wir zu tun haben. Auch früher gab es schwere Zeiten. Damals wurde die Notlage durch elementare Ereignisse (Kriege, Epidemien usw.) hervorgerufen. Was wir heute erleben, ist eine schwere wirtschaftliche Depression. Gewiß hat auch der Krieg seine Schuld daran. (Witz beiseite!) Die Ursache der heutigen Krise ist von Menschen gemacht. Darum kann und muß sie auch wieder von Menschen überwunden werden.

Wie soll das geschehen? Früher ergab sich als Folge jeder Wirtschaftskrise: mehr arbeiten und weniger ausgeben, mehr sparen und länger arbeiten. Heute dürfte es gewagt sein, derartiges fordern zu wollen. Wer es dennoch täte, würde als der größte Reaktionsärzler verurteilt, den man sich denken kann. Heute haben wir eben eine ganz wesentliche Strukturveränderung gegenüber den wirtschaftlichen Verhältnissen früherer Zeiten. Die Maschine und die Elektrifizierung haben ganz andere Verhältnisse geschaffen. Die Elektrifizierung forderte, daß es keine Bindungen, keine Pläne mehr gebe. Aus dem freien Spiel der Kräfte sollte sich die höchste Blüte der Wirtschaft entwickeln. Das ist bis zu einem gewissen Grade richtig. Aber in dem Augenblick, wo an die Stelle der Ordnung die Anarchie tritt, muß sich die Reihfolge der Notwendigkeiten ändern. Das hat sich vor allem in der modernen Wirtschaftsbewegung der Arbeiter gezeigt. Hinzu kommt, daß das Programm, das vom Wirtschaftsliberalismus vor hundert Jahren

ausgegangen wurde, von seinen Vertretern 60 Jahre später vollständig ad absurdum geführt worden ist. Wir sehen eine Entwicklung in folgender Reihenfolge: Im Anfang des 19. Jahrhunderts gründeten die Handwerker Fabriken, in den 60er Jahren kamen die großen Banken auf und gegen Ende des Jahrhunderts haben wir die Erkenntnis, daß die Betriebe immer mehr zusammenwachsen, sich spezialisieren, faktellieren usw., um das Risiko möglichst auszugleichen. An Stelle des einzelnen Unternehmers trat der Fabrikdirektor, der Beamte.

Zu all diesem kam nun der Weltkrieg, der die Tendenzen nach Konzernierung, der die höchsten geistigen Kräfte an die Spitze stellte, die ganze Wirtschaft eines 60 Millionen-Volkes zum gleichen Klotz auszuformen. Seit dem Kriege und infolge der durch ihn hervorgerufenen Wirtschaftskrise wird die Konzernbewegung noch mehr verstärkt. Während bis zum Kriege die Entwicklung der Wirtschaft sich günstig für das Gesamtvolk entwickelte, kam nach dem Kriege eine Wende, auf die ganz andere Zeit. Seit etwa 1918 Jahren hat man sich angeschlossen das Gesetz von der Rationalisierung, das etwas ganz Neues gewesen sein soll. Die Rationalisierung von heute aber hat heute noch nichts als Glück gebracht. Der Mensch hat die Industrialisierung selber seinen Wohlstand zerstört. Heute dürfen wir die Rationalisierung zu nennen (8 Millionen Arbeitslosen) im Gegensatz zu jener lebendigen Rationalisierung, die z. B. in der Landwirtschaft in dem Zeitraum von 1870-1914 den Ertrag pro Hektar verdreifacht hat. Die Konzernbewegung in unserer Industrie, verbunden mit der Rationalisierung und Zentralisierung des Wirtschaftswesens, hat ein großes

Mißverhältnis zwischen Produktion und Bedarf geschaffen. Darum ist die gegenwärtige Krise vor allem auch eine Krise der Landwirtschaft, weil die Rationalisierung der Landwirtschaft besonders gelitten hat. Wenn wir der Auffassung sind, daß die Krise eine Dauerkrise ist, dann müssen wir Durchgriffen tun, um uns aus dieser furchtbaren Lage zu retten. Warum ist das Wirtschaftssystem unhaltbar geworden? In ihrer kürzlichen Erklärung über die Preisabbaufaktion gibt die Reichsregierung zu, daß das jetzige Wirtschaftssystem unhaltbar ist, daß den veränderten Verhältnissen ungenügend. Früher konnte sich die Unternehmerinitiative entfalten. Heute ist das ganz anders geworden. In einem Artikel der „Kölnischen Zeitung“ heißt es: Die Geschäftswelt Hermann Wöhring ist, daß das Wirtschaftssystem seit der Revolution ein Preis-

niveau habe aufkommen lassen, das sich mehr und mehr von der Kaufkraft der Landwirtschaft entfernte. Ein solches System aber muß ruiniert werden sein. Dieses System hat es sich zur Aufgabe gesetzt, die ganze deutsche Wirtschaft von einer Zentrale aus zu leiten. Dadurch wird der Mittlere Zwisch der Arbeit mißachtet. Die wichtigsten Märkte unserer Volkswirtschaft werden von zentralistischen Stellen aus geleitet. Wir haben hier kein Problem vor uns, sondern eine harte Tatsache. Daraus müssen wir die Folgerungen ziehen. Die Führer des Mittelstandes stehen heute auf dem Standpunkt, daß unser Wirtschaftsleben nicht mehr so weiter geführt werden kann, daß feste Bahnen geschaffen werden muß. Daher haben sie entsprechende Formulierungen für ihr Programm gefunden. Auf dem im August in Regensburg gehaltenen Ratstagenden Tagessitz wurde die Forderung nach Beendigung des gegenwärtigen Systems der Zentralisierung und Zentralisierung der Wirtschaft gestellt. Ferner wurde die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft und die Begrenzung der Hauszinssteuer gefordert. Es wurde aber auch nicht verkannt, daß eine Veränderung des Tarifvertragswesens, das ebenfalls zentralistisch aufgebaut ist, nicht so einfach ist. Das aber darf uns nicht abhalten, daß der Mittelstand, der am meisten zu leiden hat, fordert, daß die Dinge sich anders gestalten sollen und müssen.

Es ist zu begrüßen, daß die Reichsregierung die Initiative ergreifen hat, daß sie den Versuch macht, die Konzernierung aufzulösen.

Aber es ist zu befürchten, daß die Arbeit sehr lange Zeit beanspruchen wird. Je nach dem Ausfall der Wahl wird sich auch diese Frage entwickeln. Wir haben jedenfalls eine Regierung bekommen, die mittel-

Letzter Appell an die Zentrumswähler!

Am kommenden Freitag, abends 8 Uhr spricht im gr. Saale des Gesellenhauses

Herr Dr. Stricker, Münster

über die Bedeutung der Reichstagswahl. Herr Dr. Stricker, der als hervorragender Redner bekannt ist, wird besonders

auf die Notverordnungen,

die ja in diesem Wahlkampf im Vordergrund des Interesses stehen, eingehen.

Zentrumswähler und Zentrumswählerinnen,

erscheint zu diesem letzten Appell vor der Wahl in Massen!

Handwerkern und mit harter Hand die notwendigen Folgerungen aus den Verhältnissen zieht; so wird es wesentlich zur Besserung der Lage beitragen können. Eine wesentliche Aufgabe aber des Mittelstandes ist es, am 14. September an der Wahlurne seine Bereitschaft und Weisheit zu beweisen. Es muß gelingen, auch

den letzten Mittelständler an die Wahlurne zu bringen!

Von der Gefährdung allein aber können wir eine Rettung nicht erwarten. Falls wir es, in der Hoffnung auf die Hilfe des Staates die Hände in den Schoß zu legen. Wir müssen uns fragen: Was können und was müssen wir tun, und zwar ungeliebt? Wir müssen uns regen und wachen, wir müssen vor allem eins im Auge behalten: Das ist

der bürgerliche Markt. In der Gemeinde läßt sich vieles tun. Wir haben in dieser Hinsicht in Essen erreicht. In Verbindung mit den Innungen, den Gewerkschaften, den Vereinen und den Industriellen wurde es erreicht, daß für etwa 100.000 Mark Aufträge, die nach auswärts gegangen wären, in Essen geblieben sind. Allerdings haben wir zugegeben, keine ordentlichen Rechte zu beschaffen. Mit Hilfe der Gewerkschaften haben wir so einen breiten Boden in der gesamten Bürgererschaft gefunden. Wenn in dieser Weise überall verfahren wird, wenn der heimische Markt verteidigt wird, dann kann das nur gute Folgen zeitigen. Gemeinde und Mittelstand sind eben schicksalsverbunden. Die Gemeinden sind infolge übermäßiger Zentralisation in ihrer Finanzgebarung gebunden. Die Gemeinde aber steht dem lebendigen Wirtschaftsleben am nächsten. Es gibt überall Spannungen, aber sie müssen überwunden werden. Wir dürfen vor allem nicht die Gemeinden für das verhängnisvoll machen, was sie nicht verschuldet haben. Die Zentralisierung der Finanzen z. B. ist nicht Schuld der Gemeinden, das ist die Folge des falschen Finanzsystems. Wir wünschen, daß die Gemeindeverwaltung das heimische Gewerbe in dem Maße unterstützt, seine Leistungsfähigkeit zu heben und in den Stand zu setzen, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Das geschieht besonders durch eine vernünftige Forderung der Reichsverbundungsordnung.

Die Wirtschaft ist erkrankt. Daraus ziehen wir die Folgerung:

Wir wollen frei werden.

Wir müssen am kommenden Sonntag den richtigen Stimmgabe abgeben, auf daß der jetzt einge-

schlagene Kurs weiter verfolgt werden kann. Dann werden wir die Dinge schon meistern. Dann können wir vertrauensvoll in die Zukunft schauen. Vorherige Aufgabe muß es sein, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Wir müssen jedem unserer Volksgenossen die Möglichkeit geben, sich auf anständige Art und Weise sein Brot zu verdienen. Wenn wir den Selbständigen die Möglichkeit des Schaffens geben und die ungeliebten Bindungen beseitigen oder stark mildern, dann dürfen wir annehmen, daß wir aus der Krise wieder herauskommen. Wenn wir aber die Dinge laufen lassen, dann kann das Ende nicht gut sein. Ein Schwanken gibt es nicht, wir müssen festhalten an dem, was unsere Überzeugung ist, wir müssen sie in uns bilden und fest verankern. Wir und in der Gemeinde und mit den anderen Volksgenossen müssen wir arbeiten und schaffen; in diesem Sinne dürfen wir hoffen, daß wir die schwere Zeit überwinden zum Wohl der Gemeinde, des Mittelstandes und des gesamten deutschen Vaterlandes.

Starker Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen. Herr J. J. J. dankte ihm namens der Versammlung in herzlichen Worten, worauf er seinerseits nachdrücklich die Pflicht eines jeden Mittelständlers, am Sonntag seiner Wahlpflicht zu genügen, unterstrich, auf daß wir eine bürgerliche Mehrheit bekommen, die fest entschlossen sei, uns besseren Zeiten entgegenzuführen.

Im Anschluß hieran machte

Herr Kaufmann Ernst Pötmeyer folgende Ausführungen:

Wenn jeder der Anwesenden noch seine Familienmitglieder mitgebracht hätte, dann wäre dieser Saal viel zu klein gewesen für alle, die da Einlass begehrten. Dann hätte man einen wirklichen Meeressturm gehabt, wie stark der Mittelstand in Bocholt vertreten ist. Wenn wir zusammenstehen, dann kann uns nichts überwinden. Die härteste Zeit über aber, die uns zusammenballt, ist die wirtschaftliche Not.

Im Jahre 1928 wurden in Bocholt 1928 selbständige gewerbliche Betriebe gezählt, von denen 298 (also 28 Prozent) steuerfrei waren, d. h. jeder vierte Mittelständler hatte ein geringeres Einkommen als jährlich 1600 Mark. Bei diesen ist also die Not sicherlich so groß wie in anderen Kreisen auch. Schuld hieran aber ist der Mittelstand keineswegs selbst. Wir Mittelständler sind sehr oft der Meinung, daß unsere Arbeit es doch nicht ändern kann. Jeder muß sich sagen: Viel Kleines macht ein großes Viel. Jeder Mittelständler muß in eine politische Partei hinein! Denn heute bestimmen die politischen Parteien, welche Steuern zu zahlen sind und wer sie zu zahlen hat. Einfluß aber erreicht man nur durch Mitarbeit in den Parteien. Es kommen natürlich nur die Parteien in Frage, die gewillt sind, den Artikel 184 der Reichsverfassung, der den Mittelstand vor Überlastung und Ausbeutung schützt, zu beachten. Ich bin der Ansicht, daß dies bisher nicht immer geschehen ist. Wir haben darum die Pflicht, auf die Ausführung dieses Artikels 184 zu drängen.

Mittelständler, arbeitet selbst mit! Diese Arbeit bedingt zunächst die Zugehörigkeit zu der Mittelstandsvereinsigung (Zugangsnummer, freie Innung oder gewerblicher Verein), dann die Mitarbeit in den politischen Parteien und schließlich die Ausübung des Wahlrechts. Die Zahl der Nichtwähler betrug 1919: 6.900.000, 1920: 7.400.000, 1924: 8.700.000 bzw. 8.900.000 und 1928: über 10.000.000! Ein sehr großer Teil unter diesen Nichtwählern sind Mittelständler, die nicht wählen, weil sie von keiner politischen Partei ihre Interessen gewahrt glauben. Das muß anders werden!

Wir haben die Pflicht, unbedingt zu wählen.

Durch Nichtwahl zeigen wir, daß wir selbst gar kein Interesse daran haben, ob der Artikel 184 angewendet wird oder nicht.

Im letzten Reichstag waren vorhanden: 128 Beamte, 170 Gewerkschaftsführer, Redakteure u. Partei-sekretäre, 80 Arbeiter, 7 Hausfrauen, 28 Akademiker, 18 Industrielle, 20 Handwerker, 20 Handwerker, 18 Kaufleute und 2 Galtwirte. Die Berufe des Mittelstandes waren also schwach vertreten. Die Vertreter des Mittelstandes gehören im Reichstag nicht einer Partei an. An jeden unserer Abgeordneten aber müssen wir die Grundforderung stellen: Du hast mehr als bisher auf die Ausführung des Artikels 184 zu drängen! Das müssen wir grundsätzlich von jedem Vertreter fordern und müssen ihn nach dieser Richtung hin kontrollieren. Der Mittelstand muß vor allem geschützt werden durch die Ausübung seitens der Grobberiebe.

Schluß des Schwagers! Da möchte ich auch an den Vertreter der Stadt, die Bitte richten: Wenn die Stadt Aufträge zu vergeben hat, dann muß sie eher an sehr kleine Unternehmer den Auftrag vergeben als an einen großen. Es ist weniger wichtig, wenn auch die sehr kleinen Unternehmer ein wenig leichter sein sollten als der eine große. Sinn und Zweck der Arbeitsgemeinschaften ist es, die kleinen zusammenzufassen, um auch ihnen die Möglichkeit zu geben, an eine größere Arbeit heranzukommen. Weshalb immer der Ruf nach einer auswärtigen Spezialfirma? Nicht alle Kontrakte, die auswärtige Unternehmer herstellt, haben, sind prima. Es kann auch einmal ein Bocholter gute Arbeiten leisten. (Beifall.)

Der Mittelständler ist eigens dazu berufen, Mittler zwischen den anderen Ständen zu sein. Wir stehen zwischen arm und reich. Wir sind in den meisten Fällen auch Arbeitgeber, wir sind aber auch alle nicht so gestellt, daß wir vom Ertrag unseres Geldes leben können. Wir sind immer noch mit Mühe und müssen das Geld verdienen, um überhaupt leben zu können. Wir sind Arbeiter in des Wortes wahrer Bedeutung. Darum haben wir auch Verständnis für die große Not und das Elend der Arbeiterklasse. Diese Mittelstellung müßte dazu führen, daß der Mittelstand viel härter in den einzelnen Parteien vertreten ist, weil wir die besten Helfer der Arbeiterbewegung wie der Arbeiterklasse kennen. Notwendig aber ist die Mitarbeit eines jeden einzelnen Mittelständlers. Die erste Mitarbeit aber ist, daß wir am 14. September wählen, wählen, wählen! (Starker Beifall.)

Nachdem der Bocholter aus Herrn Pötmeyer für seine Ausführungen dankt hatte, verlas Herr Dr. J. J. J. folgende

Entschließung: Die heutige Versammlung des gesamten gewerblichen Mittelstandes aus Bocholt und Umgebung betont nachdrücklich, daß der Mittelstand als wichtiges und volkreichstes Glied der deutschen Wirtschaft ebenso geschützt und beachtet werden muß

